

Ein Basar und eine unerwartete Wendung

Thuner Stadtrat (1) Über zwei Stunden debattierte das Parlament gestern über die Zonenplanänderung Freistatt. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand die Frage, welcher Mindestanteil für genossenschaftliches Wohnen darin festgelegt werden sollte.

Barbara Schluchter-Donski

Es zeichnete sich bereits zu Beginn ab: Es würde kein einfaches Geschäft werden. Noch vor der Eintretensdebatte rief Ratspräsident Reto Schertenleib (SVP) dazu auf, nochmals einen tiefen Atemzug zu nehmen. Und er sollte recht behalten. Das Traktandum 4, Zone mit Planungspflicht Freistatt, entwickelte sich zu einem Feilschen um Zahlen, wie es auf einem türkischen Basar seinesgleichen suchen würde. Es wurden Gebote gemacht, auf Minimalforderungen beharrt und doch wieder darauf verzichtet. Und schliesslich ein Kompromiss gefunden, zu welchem alle Parteien Hand bieten konnten. Nach über zwei Stunden des Debattierens und zwei Sitzungsunterbrüchen war die Zonenplanänderung einstimmig unter Dach und Fach. Doch der Weg dazu war lang, gespickt mit unzähligen Voten und Änderungsanträgen.

Mahnende Worte

Stadtpräsident Raphael Lanz (SVP) wies die Versammlung zu Beginn nochmals eindringlich darauf hin, dass jede Änderung der vorliegenden Zonenplanänderung eine weitere Planaufgabe und damit eine zeitliche Verzögerung des bereits 10-jährigen Geschäfts zur Folge haben würde. «Dann könnte sich die Bau- und Wohnungsgemeinschaft Freistatt genötigt fühlen, einen Strategiewechsel vorzunehmen und statt der frühzeitigen Auflösung des Baurechtsvertrags mit der Stadt die Sanierung der 72 Wohnungen an die Hand zu nehmen». Dies, so mahnte er, könne das vorliegende Projekt verhindern.

Das wollte im Rat zwar niemand. Aber der Teufel liegt bekanntlich im Detail. Und so stand vor allem der Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus im Zentrum der Debatte. Mindestens ein Drittel hatte der Gemeinderat in der Zonenplanänderung festgehalten und auf dieser Zahl trotz



Gab gestern viel zu reden: Die Zonenplanänderung, die sich auf die noch nicht sanierte Siedlung Freistatt (Bildmitte) sowie zwei westlich angrenzende Parzellen (im Vordergrund) bezieht. Foto: Christoph Gerber

anderslautender Forderungen von linker Seite, die sich im Rahmen der öffentlichen Auflage erst 75 Prozent gewünscht hatte, beharrt. Dies mit der Begründung, alle Möglichkeiten für die folgenden Ideenkonkurrenz offenzuhalten und den Anteil genossenschaftlichen Wohnens im späteren Prozessverlauf erhöhen zu können. Mindestens einen hälftigen Anteil an genossenschaftlichen Wohnungen verlangte die Sachkommission Stadtentwicklung gestern in Form eines Änderungsantrags. Und nach einem Sitzungsunterbruch schlug sie vor, diesen Anteil auf mindestens 40 Prozent zu verkleinern und so im Beschlussdispositiv aufzunehmen. «Denn mit dieser Anpassung», so Kommissionssprecher Peter Aegerter (SVP), «muss die

Zonenplanänderung nicht neu aufgelegt werden.»

«Wir haben einen Auftrag»

Doch die vorgeschlagenen 40 Prozent wollten niemandem so recht gefallen: «Dieses Projekt könnte Modellcharakter haben», legte sich Thomas Hiltbold (Grüne) ins Zeug. «Der gemeinnützige Wohnungsbau ist schliesslich ein Verfassungsauftrag.» Er forderte wie die SP, den Mindestanteil auf 50 Prozent festzusetzen. Denn nur so könnte der bisherige Anteil der Genossenschaft Freistatt gehalten werden. Alles andere sei ein Rückschritt.

Da nützten auch die versöhnlicheren Töne von Nicole Krenger (GLP/BDP) nichts: Alice Kropf (SP) Die Bauzeit eines kombinierten Projekts sei insgesamt länger. Er

durch. «Alles andere ist nicht akzeptabel», meinte sie. Und Parteikollege Martin Allemann liess sich sogar zur Aussage hinreissen, dass «der Rat der SVP auf den Leim gekrochen» sei. Peter Aegerter hingegen wehrte sich für seine Partei und für die Vorlage, welche die SVP zu 100 Prozent überzeuge: «In dieser Debatte werden sehr viele falsche Aussagen gemacht und den Ratsmitgliedern Sand in die Augen gestreut», erklärte er. «Die Freistatt ist nicht das einzige Areal in Thun, wo gemeinnützige Wohnungen möglich sind.»

Thomas Hiltbold gelang es schliesslich, die Fronten aufzuweichen: «Die Unzufriedenheit ist im Rat gleichermassen verteilt», sagte er und schlug als Kompromiss vor, 45 Prozent im Dispositiv festzuhalten.

Nach eindringlichen Worten von **Raphael Lanz**, der vor einem Scherbenhaufen bei einem Nein warnte, sowie einem weiteren Sitzungsunterbruch und der Zusage der Ratslinken, bei der Mitgliederversammlung für ein Nein zu einem Referendum zu kämpfen, wurde schliesslich Hiltbolds Vorschlag einstimmig angenommen. So auch die beiden anderen beantragten Änderungen, die Anzahl Autoabstellplätze pro Wohnung auf einen Wert von 0,8 zu reduzieren und den Energiestandard 2000-Watt-kompatibel festzuhalten. Dies machte auch den Weg frei für die Schlussabstimmung, die ebenfalls einstimmig passierte. Ein Verlauf, den zu Beginn der Debatte wohl kaum jemand im Rat für möglich gehalten hätte.

Kommentar

Das war gelebte Demokratie

Ja, die gestrige Debatte zur Zone mit Planungspflicht Freistatt – beziehungsweise zur Frage, wie hoch der Mindestanteil an gemeinnützigem Wohnungsbau sein solle – war gefühlt endlos. Ja, für die Zuhörenden war es mitunter ganz schön mühsam. Ja, es wurde heftig diskutiert und manchmal auch direkt auf den Mann oder die Frau gezielt. Ja, es wurde gefeilscht wie auf dem Basar. Ja, es gab zwei Sitzungsunterbrüche, mehrere Anträge, unzählige Wortmeldungen.

Und trotzdem war die gestrige Stadtratssitzung bei diesem Traktandum ein Lehrstück in Sachen Demokratie. Allzu oft gehen die Stadtratsfraktionen mit vorgefassten Meinungen in die Debatte, verharren in ihren Schützengraben, sind nicht bereit, sich von Argumenten im Saal überzeugen zu lassen – und seien sie noch so stichhaltig. Gestern war dies anders.

Die Fronten schienen komplett verhärtet – bis der scheinbar gordische Knoten mit einem überraschenden und selbst innerhalb der Fraktion nicht abgesprochenen Kompromissvorschlag des amtsältesten Stadtratsmitglieds Thomas Hiltbold (Grüne) gelöst wurde. Dass der Rat am Ende einer sehr emotionalen Diskussion einstimmig Ja sagte, obwohl der Konflikt eben noch unlösbar schien – das ist gelebte Demokratie in einem Gemeindeparlament. Gut gemacht, Stadtrat.



Michael Gurtner

Blaue Welle sorgte für rote Köpfe

Thuner Stadtrat (2) Die Achse Maulbeerplatz bis Lauitor sollte für 2,91 Millionen Franken saniert werden, inklusive Markierung der blauen Welle. Doch der Stadtrat stimmte einem Rückweisungsantrag der SP zu. Das bestehende Baugesuch wird wohl zurückgezogen.

Der Plan des Gemeinderats sah vor, dass der Strassenabschnitt von der Bahnhofbrücke bis zum Bälliz von Mai bis Juli 2020 saniert wird (vgl. Ausgabe vom 8. August). Auf der Strasse sollte die von der westlichen Innenstadt-Achse bekannte blaue Welle aufgemalt werden, sodass Fussgänger überall queren könnten und Rückstaus bei den Zebrastreifen verhindert würden. Die Sanierung des Bereichs vom Bälliz bis zum Lauitor sollte erst 2024 folgen. Dies, weil die Sinebrücke voraussichtlich ersetzt werden muss, was eine längere Planungszeit erfordert. Die Kosten von 2,91 Millionen Franken hätten den ganzen Bereich vom Maulbeerplatz bis zum Lauitor beinhaltet – nicht aber die neue Sinnebrücke. Sollte, hätte, würde – die Wortwahl verrät es: Das Projekt wird in dieser Form vorläufig nicht umgesetzt. Der

Stadtrat hiess einen Rückweisungsantrag der SP-Fraktion mit 20 zu 18 Stimmen gut.

Kritik an Baubelastung

Adrian Christen (SP) begründete den Antrag unter anderem damit, dass «2020 wieder extrem viele Baustellen vorgesehen sind». Er nannte unter anderem die Unterführung Frutigenstrasse oder die zeitweise Sperrung der Schwäbistrasse. Unterstützung gab es von Grünen und FDP: Für Till Weber (Grüne) ist der wichtigste Punkt ebenfalls die Baubelastung in der Innenstadt. Warum das Projekt nicht in vier Jahren gebündelt werden könne, sei nicht erkennbar. Und: «Flächiges Queren ist auch mit günstigen Massnahmen sofort umsetzbar.» Markus van Wijk (FDP) forderte eine gesamtheitliche Betrachtung mit der geplanten Attraktivierung der Innenstadt. Bauvorsteher Konrad



Dieser Bereich vom Maulbeerplatz bis zum Bälliz sollte zuerst saniert und mit der blauen Welle versehen werden. Foto: Michael Gurtner

Hädener (CVP) entgegnete, dass es hier nicht um eine Attraktivierung gehe, sondern um die Sanierung eines Verkehrsraums. Und: «Die Kombination mit dem Brückenersatz ist nicht anzuraten.» Die Bauzeit eines kombinierten Projekts sei insgesamt länger. Er

wies auch auf die drei bestehenden Fussgängerstreifen mit Sicherheitsdefiziten hin. «Eine Verschiebung macht das Ganze nicht besser.» Unterstützung erhielt er von Alois Studerus (Fraktion EVP/EDU/CVP), der die Umsetzung in zwei Phasen für richtig hält. Si-

mon Werren (Fraktion GLP/BDP) wies darauf hin, dass die erste Etappe nur kleinere Störungen im Verkehr mit sich bringe und die Verkehrsfläche aufgewertet werde. Und für Peter Aegerter (SVP) sind die Sanierungsarbeiten unerlässlich – «wir haben ein umsetzungsfähiges Projekt».

Baugesuch wohl obsolet

Die Gegner konnten sie nicht überzeugen. Wie geht es jetzt weiter? Hädener sagte nach der Sitzung gegenüber dieser Zeitung: «Offensichtlich macht es keinen Sinn, das laufende Baubewilligungsverfahren weiterzuführen.» Das Baugesuch werde wohl zurückgezogen. «Auf abschbare Zeit bleibt die Situation so, wie sie ist.» So könnten etwa die hölzernen Absperrlatten auf der Bahnhofbrücke nicht entfernt werden. Der Vorschlag, einfach in der aktuellen Situation die blaue Welle auf-

zumalen, sei nicht gangbar: «Die Querungsdistanz ist zu gross, das geht so nicht.» Es werde zudem weiterhin einen Verkehrsdienst brauchen – «wir geben Geld aus für Symptombekämpfung», sagte Hädener. Er sprach von einer «diffusen Rückweisung» ohne klaren Auftrag, wie es weitergehen soll. Zudem komme die Stadt ihren Verpflichtungen in Sachen Gewässerschutz – bei der Strassenentwässerung – und Behindertengleichstellungsgesetz – bei den Bushaltestellen – nicht nach. «Wir werden neue Mittel brauchen, denn der Projektkredit ist ausgeschöpft», führte der Bauvorsteher aus. Er werde wieder mit einem Kreditbegehren vor dem Stadtrat stehen. «Es wird interessant sein zu sehen, wie gross die Begeisterung dann sein wird.»

Michael Gurtner